

Herrn
Innenminister
Heribert Rech
Postfach 10 24 43

70020 Stuttgart

JoSch

08.07.2004

Sehr geehrter Herr Innenminister,

im Namen der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, aber auch ganz persönlich möchte ich Ihnen zu Ihrer Berufung in das Amt des Innenministers herzlich gratulieren. Wir wünschen Ihnen für Ihr neues Amt die Kraft und Ausdauer, die erforderlich sein wird, um die Polizei des Landes „auf Kurs zu halten“.

Ich möchte Ihnen unsere konstruktive Zusammenarbeit in allen Fragen anbieten und hoffe, dass endlich wieder ein konstruktiver Dialog zwischen dem Innenminister und der Gewerkschaft der Polizei in Gang kommen wird. Zu viele Probleme belasten zur Zeit die Dienststellen und unsere Kolleginnen und Kollegen.

Obwohl mir natürlich bekannt ist, dass Sie jetzt sicher viele neue Termine irgendwo in Ihrem Terminkalender unterbringen müssen, bitte ich Sie um einen möglichst zeitnahen Termin für ein Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei.

Ich würde mich freuen, wenn Ich Sie bei der GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung am 21.07.04 in der Stadthalle in Sindelfingen begrüßen dürfte. Das Referat „*Verdeckte Ermittlungen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität*“ sollte nach bisheriger Planung – die auch im Programmablauf so festgehalten ist – von Innenminister des Landes gehalten werden. Von Herrn Dr. Schäuble hatten wir dazu eine Zusage. Dazu erbitte ich eine möglichst kurzfristige Antwort.

Ich möchte die Gelegenheit des Amtswechsels im Amt des Innenministers aber auch dazu nutzen, Ihnen die aus unserer Sicht vordringlichen Probleme, die zur Zeit die Kolleginnen und Kollegen vor Ort bewegen, mitzuteilen. Natürlich gehe ich davon aus,

dass Sie diese „Baustellen“ alle schon kennen. Wir haben aber die Hoffnung, dass jetzt „frischer Wind das notwendige Feuer wieder entfacht“.

Die Polizei des Landes steckt finanziell in einer äußerst schwierigen Situation. Allein die Entwicklung der Preise für die Treibstoffe unserer Einsatzfahrzeuge lässt manchem Verantwortlichen vor Ort „die Haare zu Berge stehen“. Trotz aller Sparzwänge muss die Polizei so viel Geld bekommen, dass die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger auch erfüllt werden können. Hier sehe ich zur Zeit aber erhebliche Probleme. Die heutige Sachmittelausstattung kann dies nicht leisten.

Die Polizei muss in allen Bereichen – was ihre technische Ausstattung anbelangt – auf der Höhe des technischen Fortschritts bleiben. Dies ist in Baden-Württemberg aber nicht der Fall – trotz aller aner kennenswerten Bemühungen mit dem Technik-Zukunftsprogramm. Gerade in der Datenverarbeitung haben wir – sowohl bei der Hardware aber auch bei der Software – doch einen ganz erheblichen Rückstand aufzuholen. Die Zeichen für eine zeitnahe Realisierung eines Vorgangsbearbeitungsprogramms sind nach meinen Erkenntnissen nicht besonders ermutigend.

Dass es in diesem Zusammenhang auch immer noch Begehrlichkeiten gibt, weitere Stellen bei der Polizei abzubauen, geht weit an der Realität vorbei, weil der Einsatz moderner Technik die polizeiliche Arbeit sicher besser – nicht unbedingt aber auch einfacher macht. Die Probleme bei der Erfassung der Straftaten in unseren Datenstationen haben das doch deutlich aufgezeigt. Auf die Einführung des Digitalfunks in Baden-Württemberg warten wir wahrscheinlich noch viele Jahre!

Wie Sie gestern im *SWR-Fernsehen* gesagt haben, werden wir mit dem vorhandenen Personal unsere Aufgaben bewältigen müssen. Leider werden wir unser vorhandenes Personal aber nicht behalten obwohl ein Personalzuwachs notwendig wäre. Dies gilt für den Polizeivollzugsdienst – insbesondere aber für den „Nichtvollzugsdienst“ in den Polizeidienststellen in gleichem Maße. Deshalb unsere Bitte an Sie: Stoppen Sie den vorgesehenen Stellenabbau bei der Polizei des Landes!

Wie Sie wissen, sollen im „Nichtvollzugsdienst“ der Polizei als sog. Effizienzrendite bei der Umsetzung der Verwaltungsreform über 780 Stellen dem Rotstift zum Opfer fallen - wie Herr Ministerpräsident Teufel zugesichert hat - ohne Kündigungen. Zu welchen Schwierigkeiten dieser „Stellenabbau per Zufall“ in einigen Dienststellen bereits geführt hat und noch führen wird, muss Ihnen bekannt sein. Die Gewerkschaft der Polizei fordert in dieser Frage ein Umdenken! Es geht nicht, einfach so zu tun, als ob der Stellenabbau im Nichtvollzugsdienst keine Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit einschließlich der sichtbaren polizeilichen Präsenz haben wird. Die Aufgaben, die heute von den Kolleginnen und Kollegen des Nichtvollzugsdienstes erledigt werden, müssten in Zukunft von Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes erledigt werden. Das wird negative Folgen für die operative polizeiliche Aufgabenerledigung haben. Dazu kommt, dass die Arbeitsbelastungen gerade auch für den Nichtvollzugsdienst eindeutig nicht ab- sondern zugenommen haben! Die Verwaltungen in kleineren Polizeidirektionen sind heute schon nicht mehr in der Lage alle zusätzlichen Aufgaben ohne Überlastung einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen.

Wenn Personal abgebaut werden muss, weil die finanziellen Zwänge dies erfordern, dann müssen gleichzeitig auch Aufgaben abgebaut werden. Dies ist aber bei der Polizei nicht erkennbar. Und unsere Computer arbeiten auch nicht „auf Knopfdruck“ oder gar von selbst.

Die Gewerkschaft der Polizei schlägt Ihnen deshalb – wie auch schon Ihrem Vorgänger - vor, einen Ausbildungsberuf „Polizeifachangestellter/-e“ zu schaffen, damit die Kolleginnen und Kollegen in den operativen Diensten zu Gunsten ihrer eigentlichen Aufgaben entlastet werden. Dies würde Sinn machen und auf Dauer sogar Personalkosten sparen.

Ihnen ist ebenso bekannt, dass Sie als Ergebnis des sicher gut gemeinten Besoldungsstrukturprogramms inzwischen eine „zweigeteilte Polizei“ mit erheblichem Frustpotenzial übernehmen. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im mittleren Polizeivollzugsdienst haben derzeit eigentlich überhaupt keine verlässliche Perspektive.

Wenn in Baden-Württemberg eine Polizeibeamtin/ein Polizeibeamter 20 Jahre arbeiten muss, um in die Besoldungsgruppe zu kommen, in der z.B. die hessischen Kolleginnen und Kollegen bei der Einstellung in den Polizeidienst eingruppiert werden, dann zeigt dies das ganze Ausmaß der Misere. Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die an vorderster Front in der Polizei des Landes Baden-Württemberg – oft auch an den Brennpunkten – arbeiten, brauchen eine Perspektive! Das hoffentlich noch bekannte „Kienbaum-Gutachten“ hat die eindeutige Aussage, dass der sachbearbeitende Dienst in der Polizei mindestens der Besoldungsgruppe A 9 zuzuordnen ist.

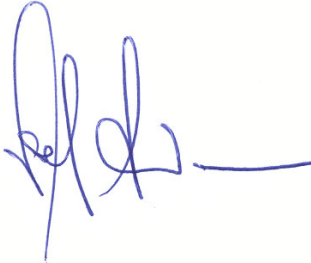
Wir brauchen eine Verbesserung der Stellenobergrenzen für den mittleren Dienst – nicht nur auf dem Papier! Wir brauchen eine Fortführung der Stellenumwandlungen vom mittleren in den gehobenen Dienst über den sog. W8-Lehrgang. Ansonsten wird unsere Polizei – auch unter dem Eindruck der gerade laufenden Beurteilungsrunde – eines Tages nicht mehr führbar sein. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich persönlich um das „Beurteilungschaos“ kümmern, das in den Dienststellen auch deshalb eingetreten ist, weil sich die Beurteiler an irgendwelche erhaltenen oder selbst gewählten Vorgaben gehalten haben, die nicht im Einklang mit der VwV Beurteilung Pol stehen, die mit der Zustimmung des Hauptpersonalrats der Polizei in Kraft gesetzt wurden.

Ganz große Sorge bereitet mir aber der „Crash“, der sich bei den Einstellungszahlen für den Polizeivollzugsdienst abzeichnet. Wer in Kenntnis der Altersstruktur der Polizei jetzt die Einstellungen in den Polizeidienst so „in den Keller fährt“, wie es derzeit den Anschein hat, der wird eines Tages für die Folgen dafür verantwortlich gemacht werden.

In den Jahren 1988 bis 2003 wurden im Durchschnitt 723 junge Menschen pro Jahr in den Polizeidienst des Landes eingestellt. Auch in dieser Zeit gab es schon Achterbahnfahrten für die Ausbildungsstellen insbesondere durch die Rückführung der Einstellungszahlen in den Jahr 1998 und 1999, als jährlich die damals möglichen Ausbildungsstellen um jeweils 100 gekürzt worden sind. 150 Einstellungen in den Polizeidienst im Jahr 2004 machen die Dramatik deutlich, wenn man sie mit dem Durchschnitt der letzten 16 Jahre vergleicht. Aufgrund der Altersstruktur der Polizei, der guten Bewerberlage und den Erfordernissen der Ausbildungsdienststellen bei der Bereitschaftspolizei wäre es dringend geboten, die Zahl der Einstellungen vorausschauend zu planen. Nur durch eine konstante mittel- bis langfristige Einstellungsplanung kann die Qualität der polizeilichen Ausbildung sichergestellt und die Funktionsfähigkeit einer immer älter werdenden Polizei garantiert werden. Die Gewerkschaft der Polizei hat in der Vergangenheit dazu schon konkrete Vorschläge unterbreitet, z.B. durch ein KW-Stellenprogramm jetzt „auf Vorrat“ auszubilden und die Stellen dann wieder abzubauen, wenn die überproportional starken Jahrgänge 1957 bis 1963 in den Ruhestand treten.

Wie Herr Ministerpräsident Teufel für die Unternehmen richtig erkannt hat, ist es angesichts rückläufiger Geburtenzahlen jetzt vernünftig auf Vorrat auszubilden. Diese Erkenntnis gilt in Kenntnis der Sicherheitslage und der besonders schwierigen Altersstruktur der Polizei erst recht für die Polizei!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, cursive letters that appear to read 'JS'. The signature is followed by a horizontal line extending to the right.

Josef Schneider
Landesvorsitzender